

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei direkter Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,20 M., bei direkter Postbestellung monatlich 2,10 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 2.— M., für Ausland 3.— M., per Brief 1,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Nordens 2895 und 2896.

Inhaltsverzeichnis: Die „Freiheit“ kostet 1,10 M., jedes weitere Wort 65 Pf. Familien- und Organisationsangelegenheiten die „Freiheit“ kostet 2,40 M., das festgesetzte Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Inhaltsverzeichnis für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Verleger: Kurt Nordens 2895-96, 9769

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Sturm auf gegen die Zwangswirtschaft

## Vorstoß der Agrarier.

Von Emanuel Bumm.

Die Ernährung der deutschen Bevölkerung steht vor einer ungeheuren Gefahr! Die Landwirte wollen die Zwangswirtschaft beseitigen, und um dieses Ziel zu erreichen, streuen sie nicht davor zurück, die Städter, die auf die Zufuhr der Landesprodukte angewiesen sind, auszuhungern. Die Getreidelieferung sinkt! Trotz der Prämien, die im Januar bewilligt wurden, deckt die Ablieferung nicht den Bedarf. Statt der täglich erforderlichen 4000—10 000 Tonnen Getreide geben Knapp 4000—5000 Tonnen ein. Die Folgen bekommen wir bereits zu spüren: Die Brotration ist von 2850 Gramm auf 1900 Gramm herabgesetzt, die Ausmahlung von 84 auf 70 Prozent herabgesetzt worden; in der Praxis wird fast noch eine höhere Ausmahlung, das heißt also noch mehr Mehl im Brot einfinden. Trotzdem kann in absehbarer Zeit überhaupt nicht der Bedarf gedeckt werden, wenn nicht kassenmäßig eine stärkere Belieferung einsetzt.

Genau so verhält es sich mit den Kartoffeln! Auch hier hat die Prämie nicht den Erfolg gehabt, den die Regierung sich von den Agrariern versprochen hat. Nach wie vor gehen weniger Kartoffeln ein als gebraucht werden. Die Nation ist in Berlin bereits auf zwei Pfund wöchentlich herabgedrückt worden, viele Gegenden des Reiches sind zeitweise ganz ohne Zufuhr — trotz der für den Versand von Kartoffeln günstigen Witterung. Gewiß hat der Mangel an Kohlen beim Ausdreschen des Getreides wie beim Balkentransport von Roggen und Kartoffeln mitgewirkt. Aber dieser völlige Zusammenbruch der Belieferung, wie er jetzt eingetreten ist, hätte sich trotzdem vermeiden lassen, wenn — nun wenn die Landwirte gewollt hätten! Aber sie wollten eben nicht liefern, sondern durch Sabotage der Ernte erzwingen, daß nicht allein noch höhere Preise bezahlt werden, sondern daß das ganze verbotene System der sogenannten Zwangswirtschaft aufgehoben wird.

Die sogenannte Zwangswirtschaft bezeichnet wird, ist ja nicht im wahren Sinne des Wortes eine Zwangswirtschaft, sondern nur eine Bürokratisierung der Erfassung der Produktion und die Festsetzung von Höchstpreisen: die Hauptlast, die Produktion selbst, ist nicht im Interesse der Allgemeinheit unter staatlicher Aufsicht gestellt, sondern nach wie vor der Willkür der Landwirte überlassen. Als die Sozialisationskommission gerade begann, auch nur theoretisch mit der Regelung der landwirtschaftlichen Produktion im Interesse der Allgemeinheit sich zu befassen, wurde sie nach Hause geschickt. Seitdem ist fast ein Jahr vergangen, und so wenig auf irgendeinem Gebiete die Sozialisierung im vollen Maße „mariniert“ ist, wie dies damals von der Regierung versprochen wurde, ist auch bei der Landwirtschaft nicht der geringste Versuch gemacht worden, sie in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Im Gegenteil — mehr als je im Kriegsjahren ist sie zur Beherrscherin des ganzen Landes geworden. Die Staatsbetriebe, die mit Hilfe der Regierung auf dem Lande entstanden, sind für die Agrarier ein wirksames Schutz. Selbst wenn die Landräte die Belieferung ernstlich durchsetzen wollten — die Bauern wie die Großgrundbesitzer scheuen sich nicht um die behördlichen Anordnungen. Sie fühlen sich wieder als die Herren im Reiche, und die Landräte sind genau so wie zu Wilhelm's Zeiten ihre gehorsamen Diener. Das nach irgendwo an gutem Willen zur Belieferung vorhanden war, hat die Freigabe des Hafens vernichtet. Der Roggen und die Kartoffeln wandern in den Futtertröge, der Hafer kommt „frei“ auf den Markt und wird heute bereits mit 4200 Mark für die Tonne gehandelt, statt 180 Mark, die er im Frieden, und 300 Mark, die er vor der Freigabe gekostet hatte. Solche Quellen locken! Mit Freuden leben die Agrarier, zu welchen Reichthümern ihnen die Aufhebung der Zwangswirtschaft den Wege öffnet — und daher jetzt für Ansturm.

Daß die Produktionskosten gestiegen sind und daß der Landwirt entsprechende Preise erhalten muß, ist auch von uns stets betont worden. Aber wie viel diese Steigerung der Produktionskosten beträgt, ist nicht nach den Ausgaben für einzelne Bedarfsartikel, wie z. B. Dünger, zu bemessen, sondern nach der gesamten Erhöhung der Produktionskosten. Und daß dabei die Löhne der Landarbeiter durchaus nicht in Betracht kommen, wie die Agrarier

## Die französische Note.

Die Note, die durch die Auslieferungsforderung hervorgerufen worden ist, erfährt durch die Note Frankreichs eine neue Verstärkung. Frankreich behauptet, daß Deutschland seiner Verpflichtung zur Kohlenlieferung nicht nachgekommen sei, und teilt der deutschen Regierung mit, daß die Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete noch nicht zu laufen begonnen haben. Das heißt, praktisch genommen, daß die Räumungsfristen, deren äußerster 15 Jahre beträgt, zunächst hinausgeschoben werden.

Die Note kommt für den größten Teil der deutschen Öffentlichkeit einigermaßen überraschend, obwohl der französische Ministerpräsident in seiner Rede vom 8. Februar diese Maßnahme deutlich angekündigt hat. Trotzdem hat die Regierung die erste Meldung von der Ablehnung der Note ausdrücklich dementiert und ein solches Vorgehen als unmöglich hingestellt — ein ganz unnützes Versteckspiel. Jetzt macht die Regierung gegenüber dem französischen Vorgehen geltend, daß sie noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrages freiwillig Kohlenlieferungen an Frankreich übernommen und damit ihren Willen zur Durchführung der Friedensbestimmungen trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten bekundet habe. Vor allem stehe das Recht, die Kohlenlieferungen festzusetzen, allein der Wiedergutmachungskommission zu. Frankreich allein habe kein Recht, in diesen Fragen selbständig vorzugehen und könne daher auch nicht einseitig die Räumungsfristen aufheben.

Nun ist es sicher, daß das französische Vorgehen außerordentlich hart ist. Wir fürchten aber, daß die deutsche Regierung mit der Aufrollung der juristischen Streitfragen allein wenig Aussicht hat, zum Ziel einer Verständigung zu gelangen. Nicht nur, weil die einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages mehrfacher Deutung unterliegen können, sondern vor allem deshalb, weil die Machtverhältnisse gegen Deutschland sind. Wir haben den Eindruck, daß auch in dieser Frage schon in einem früheren Zeitpunkte ein aktiveres Vorgehen der deutschen Regierung nützlich gewesen wäre, um auf dem Weg von Verhandlungen rechtzeitig zu einer Verständigung zu gelangen. Die ganze Art aber, wie von der deutschen Regierung, an deren Spitze in der kritischen Zeit eine so ungeeignete Persönlichkeit wie Herr von Lersner gestanden hat, vorgegangen worden ist, hat nicht dazu beigetragen, günstige Verhandlungsmöglichkeiten zu schaffen.

behaupten, ist aus den Berichten der Landarbeiterorganisation deutlich genug zu erkennen. Im Gegenteil: dort, wo die Landarbeiter auch nur bescheidene Lohnforderungen durchzusetzen suchten, wurden sie entlassen und billigerer Ausländer an ihre Stelle geholt.

Was die Agrarier mit Aufhebung der Zwangswirtschaft wollen, ist nicht die Erzielung von Preisen, die berechtigten Anforderungen entsprechen, sondern unbegrenzte, bis ins Maßlose gesteigerte Ausbeutung der Städter. Denn sobald die Festsetzung von Höchstpreisen aufgehört, werden Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Das Angebot wird aber auf jeden Fall geringer sein als die Nachfrage. Denn noch niemals war Deutschland in der Lage, sich selbst zu ernähren, trotz der Schutzzölle, die von 1876 an die deutsche Bevölkerung zu Gunsten der Landwirtschaft mit jährlich 1900 Millionen Mark belasteten, von denen nur 200 Millionen in die Reichskasse flossen. Ein Fünftel dessen, was zur Ernährung gebraucht wurde, mußte vom Auslande eingeführt werden. Jetzt ist durch den Wegfall von Uebersehungsgebieten, wie Westpreußen und Posen, die einheimische Erzeugung noch verringert, außerdem durch die fünfjährige Ausmattung des Bodens, da es noch immer an Dünger mangelt, der Ertrag sehr zurückgegangen, so daß trotz des verringerten Verbrauchs infolge der lang zunehmenden Nationen der gesamte Ernteertrag an Getreide und Kartoffeln Knapp zureicht, um den Bedarf zu decken, die Belieferung an Fleisch, Fett, Milch, Butter und Käse aber weit hinter dem Bedarf zurückbleiben muß. Wenn also nun durch Aufhebung der Zwangswirtschaft der „freie“ Markt geschaffen wird, so ist er in Wirklichkeit nur für den Produzenten frei, der Konsument aber ist jenem auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Die Folge davon ist

Daß auf Seiten des französischen Nationalismus wenig Geneigtheit vorhanden ist, den außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands Rechnung zu tragen, ist unleugbar, hätte aber die deutsche Regierung nicht abhalten dürfen, alles daran zu setzen, um solche Schwierigkeiten schon im Entstehen zu überwinden.

Politisch bedeutet die Note eine neue Gelegenheit für den deutschen Nationalismus, seine Agitation noch zu verschärfen. Um so nötiger ist es, daß die Regierung sich durch diese Agitation nicht widerstandslos treiben läßt, sondern verhuft, den Wege der Verhandlungen und der Verständigung zu beschreiten.

## Englische Stimmen zur Auslieferung.

Jurich, 12. Februar.

Der „Neuen Zürcher Zig.“ wird aus London gemeldet: Der deutsche Vorschlag, daß ein deutsches Gericht urteilen solle, wird ganz allgemein als unannehmbar betrachtet. Wenn die Deutschen einem Gerichte der Alliierten keine unparteiische Rechtsprechung zutrauen, so können sie sicherlich nicht erwarten, daß man hier ihren Gerichten ein solches Vertrauen entgegenbringt. Daß aber der Spruch eines Gerichtes, das nur aus bisherigen Feinden Deutschlands zusammengesetzt wäre, nicht den vollen Wert einer moralischen Sanktion haben könnte, in der doch die eigentliche Bedeutung des ganzen Vorganges zu suchen ist, das anzuerkennen hier keine Kreise. Sir Arthur Conan Doyle schlägt daher in der „Times“ vor, man möge zu den Alliierten Gerichten auch deutsche Richter hinzuziehen. Eine annehmbare Lösung finden andere in dem Vorschlag, der angeblich auf die deutsche Regierung zurückgeht, die Beurteilung der Angeklagten einem neutralen Gerichte zu übergeben. Die „Westminster Gazette“ meint dazu, daß man dann freilich die Verfolgung von „Kriegsverbrechern“ im Lager der Alliierten vor dem nämlichen Gerichte nicht gut verweigern könnte. Wenn diese für den Bruch gewisser Kriegsbregeln anzuhalten würden, daß es sich um Vergeltungsmaßnahmen gehandelt habe, so würden die Deutschen die nämliche Entschuldigung für sich in Anspruch nehmen. Das Blatt schlägt daher vor, daß man die Verfolgung auf die typischen Fälle solcher deutscher Offiziere beschränken solle, die Befehle ausgaben, welche allen herkömmlichen Ueberlieferungen in Bezug auf Barbarei und Ungeheuerlichkeit widersprechen. Darüber darf man sich in Deutschland keiner Täuschung hingeben: die englische öffentliche Meinung in allen ihren Schattierungen fordert die Bestrafung bereit, die für die erwischnen Geiseln wie etwa die Verschleppung der Frauen und Mädchen von Biele oder die Hinrichtung Edith Cavell und Kapitän Frantz veranlaßt sind.

selbstverständlich, daß die Ware nur derjenige erhält, der den höchsten Preis zahlt. Ein Weltkrieger wie bei dem freigegebenen Hafer würde auch bei Brotgetreide und Kartoffeln stattfinden. Fällt aber die Zwangswirtschaft, dann auch die Nationierung. Wer dann den größten Geldlohn hat, kann sich kaufen so viel er nur will, die großen Massen aber müssen hungern — oder die Steigerung ihrer Löhne, entweichend den erhöhten Lebensmittelpreisen, erzwingen. Das jedoch hat abetmals einen größeren Ansturm zahlungsfähiger Käufer auf die begrenzte Warenmenge zur Folge und dadurch ein neues Ansteigen der Preise — dann wieder der Löhne — dann wieder der Preise — bis das neueste Ideal der Agrarier erreicht ist: der Weltmarktpreis für ihre Produkte. Das ist in Wirklichkeit aber nicht der Preis, den wir infolge des unablässigen Sinkens unserer Dollars zahlen müssen. Dann würde ein Brot mehr als 10 Mark und ein Zentner Kartoffeln über 100 Mark kosten — eine Verteuerung der deutschen Volksernährung um jährlich Dutzende von Milliarden! Werden dementsprechend die Löhne erhöht, so ist die deutsche Industrie nicht mehr exportfähig, das heißt also: die Arbeitslosigkeit wächst ins Riesengroße. Gleichzeitig mühen vom Reich den Invaliden- und Unfallrentnern Milliarden jährlich zugeloht werden, die Befolgung der Angestellten und Beamten müßte sich ebenfalls um Milliarden erhöhen, dadurch aber auch die Steuerlast, so daß dann wieder neue Lohn- und Gehaltsforderungen berechtigt wären, kurz: die Schraube würde sich ohne Ende drehen und — sehr bald brechen. Denn so geduldig auch das Papier ist, das zu Banknoten „veredelt“ wird, um so ungeduldiger würde das Ausland gegenüber dieser Notensflut werden, und ohne die Einfuhr von Rohmaterialien

und von Koststoffen für die Industrie kann Deutschland nicht bestehen.

Es ist also ein Wahnsinn, wenn die Agrarier die Aufhebung der Zwangsablieferung fordern; sie muß unbedingt das Ansehen der Preise bis ins Unerträgliche zur Höhe haben. Auch wenn gleichzeitig Höchstpreise von Reichs wegen festgesetzt würden! Der zahlungsfähige Käufer würde sich darum nicht kümmern und der wucherische Schleichhandel nach wie vor blühen.

Aber auch eine gesetzliche Erhöhung der Preise würde keine größeren Mengen an Nahrungsmitteln auf den Markt bringen, wenn das jetzige System der Zwangsablieferung beibehalten wird. Denn der behördliche Apparat des alten Regime, der in die angeblich neue Zeit hinübergenommen wurde, verfaßt sehr völlig. Er muß an Haupt und Gliedern reformiert werden! Die Landräte sind zumeist nach Abstammung und Neigung den agrarischen Interessen willfährig; sie verfügen auch über keine Vollzugsbeamten, die sich mit den Interessen der Verbraucher solidarisch fühlen. Hier bedarf es einer völlig neuen Organisation, die sich auf die Arbeiter in Stadt und Land stützen muß. Die von den Städten aus Land gesandten Vertreter, welche die Ablieferung kontrollieren sollen, machen jetzt zumeist nicht mit den Scheuern und Ställen, sondern mit den Ämtern und Gewehren der Agrarier Bekanntschaft. Die Landwirte wissen ja, daß ihnen nichts geschieht! Würde die Regierung auch nur gegen ein Dutzend widerspenstiger Agrarier mit durchgreifenden Zwangsmassnahmen vorgehen, würde sie deren Besitzungen unter staatliche Zwangsverwaltung stellen — die offene Aufschreie, die jetzt immer dreister organisiert wird, würde sich bücken. Allerdings — eine wirklich ehrliche Ablieferung aller Produkte wird niemals eintreten, solange der Privatbesitz an Grund und Boden besteht. Nur die Sozialisierung des großen Grundbesitzes, die Vereinigung des Kleinbesitzes zu Genossenschaften unter staatlicher Mitwirkung vermag den Ausgleich der Interessen zwischen Produzenten und Konsumenten zu schaffen, der beiden Teilen gerecht wird: dem Landwirt durch angemessene Entschädigung für seine Arbeit, dem Städter durch Schutz vor Auswucherung.

Von der jetzigen Regierung freilich brauchen die Agrarier solche Massnahmen nicht zu befürchten. Dafür rechnen sie aber mit Bestimmtheit darauf, daß sie sie dazu bringen, die Zwangswirtschaft zu beseitigen. Im preussischen Landwirtschaftsminister Otto Braun haben sie einen Helfershelfer gefunden; bis zur Freigabe der Kartoffeln und Suderrüben hat er sich bereits durchgemauert. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt ist, nachdem er mit der Freigabe von Hafer, Eiern und Leder so schlimme Erfolge erzielt hat, vorläufig noch für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft. In den nächsten Tagen aber sollen die Würfel fallen! Der Wirtschaftsrat will diesen Freitagendgültig sein Votum abgeben! Die Agrarier und die mit ihnen verknüpften, jetzt ja so einflussreichen militärischen Kreise können auf die Hilfe des Wirtschaftsrats rechnen. Weicht er doch fast ausschließlich aus Vertretern des rückwärtsgeronnenen Agrarierturns; die Vertreter der Verbraucher sind in verdäwendender Minderheit und die Vertreter der Arbeiter hat man überhaupt hinzuzuziehen — vergessen! So ist die Gefahr riesenartig, daß die agrarischen Geschäfte erfüllt werden, zumal die Demokraten für die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu haben sind. Dadurch ist im volkswirtschaftlichen Ausschuss der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Beseitigung der Zwangswirtschaft vorhanden! In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben die Demokraten am 24. Januar d. J. zwar für unseren Antrag gestimmt, den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Reichsbehörden „erneut vorstellig zu werden, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen“. Aber ihr Redner schloß sich nicht meinen Ausführungen an, die die

Beibehaltung der Zwangswirtschaft als unerlässlich nachwiesen, sondern forderte ihre Beseitigung und machte nur für Getreide und Milch einen Vorbehalt. Vergeblich habe Oberbürgermeister Wermuth auf die erste Lage der Städte hingewiesen und ausdrücklich erklärt, daß darin die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die Verarmung der Städte, das Verhungern eines Teiles der städtischen Bevölkerung und damit das Elend der ganzen deutschen Wirtschaft besiegelt werde.

Da die Vertretungen des Handels mit denen agrarischer Selbstschutz sich verbrüdernd, steht jetzt die Gefahr vor der Tür, daß die Zwangswirtschaft beseitigt wird. Gelinzt es den Agrariern, dies zu erreichen, dann bricht das deutsche Wirtschaftsleben in kurzer Zeit völlig zusammen und die Arbeiter sind es zuerst, die es unter seinen Trümmern begraben würde, wenn nicht endlich die gesamte Arbeiterklasse sich zum energischen Widerstand gegen die kapitalistische Mißwirtschaft und die ihr willfährige Regierung zusammenfindet. Es ist höchste Zeit!

### Reichstagswahlen im Juni?

Eine Berliner Korrespondenz schreibt: Wie wir von zuständigen Regierungskreisen erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung nicht, die Mandatsdauer der Nationalversammlung zu verlängern. Die Nationalversammlung hat nur noch die Aufgabe, die Steuer- und Wahlgesetze zu beschließen und den neuen Haushalt für 1920 mit der Beamtenbesoldungsreform zu beraten. Auf die Beratung dieser Materie durch die gegenwärtige Nationalversammlung kann nicht verzichtet werden, weil sie im engen Zusammenhang mit dem neuen Finanzprogramm stehen. Man erwartet, daß die Nationalversammlung ihre Aufgaben bis Ende Mai gelöst haben wird, so daß Neuwahlen im Juni abgehalten werden können. Die Regierung hat erst kürzlich beschlossen, neue Vorlagen von Bedeutung der Nationalversammlung nicht mehr vorzulegen und die neuen Justizgesetze (Gerichtsverfassungsgesetz und Strafprozessordnung) erst dem neuen Reichstag zu unterbreiten.

Was die preussische Landesversammlung angeht, so liegen hier die Verhältnisse wesentlich anders. Das preussische Parlament muß erst die neue Verfassung schaffen, eine neue Verwaltungssystem verabschieden und eine Anzahl von Gesetzen beraten, die den demokratischen Gedanken verwirklichen sollen. Dazu kommen noch die Beamtenbesoldungsreform und der neue Etat. Neuwahlen kommen deshalb für Preußen kaum vor dem Spätherbst in Betracht.

Eine offiziöse Bestätigung dieser Meldung liegt bis jetzt noch nicht vor.

### Ein lichter Augenblick.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist nicht müde geworden zu behaupten, die Front sei von hinten erdolcht, das Heer durch die Agitation der Heimat zermürbt und dadurch der sichere Sieg unmöglich gemacht worden. In ihrer geistigen Abendausgabe beipflichtet sie nun das Buch des Generals v. Kuhl über die politische und militärische Rolle, die der deutsche Generalkriegsplan vor und während des Weltkrieges gespielt hat. Das Blatt macht sich dabei das Urteil des kadmomischen Generals zu eigen, daß im Jahre 1918 die Kriegslage es erforderte, daß müde, abgekämpfte Divisionen, die eben erst aus der Schlachtfeld gezogen worden waren, um sich zu erholen, oft schon am andern Tag wieder in den Kampf geworfen werden mußten, um den Durchbruch zu verhindern. Das gab natürlich Anlaß zu Mißstimmung, aber, so schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, „wer wollte dies auch der Truppe verübeln? Sie habe trotz aller Schwierigkeiten bis zum letzten Augenblick ihre Schuldigkeit getan.“

Von einem „Dolchstoß von hinten“ ist hier also nicht die Rede. In einem lichten Augenblick ist die „Deutsche Tageszeitung“ zu der Erkenntnis gekommen, daß die

Truppe bis zum letzten Augenblick unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht getan hat. Der Artikel ist von einem Offizier geschrieben, der die Verhältnisse an der Front aus eigener Erfahrung kennt. Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn der kriegerische Graf Reventlow vielleicht schon morgen wieder kategorisch erklärt, daß allein die sozialistische Agitation die Front zermürbt und Deutschlands Niederlage verschuldet habe. Denn der tapfere Heimkrieger konnte sich von seinem jugendlichen Schreierisch aus natürlich ein viel sichereres Urteil über die Verhältnisse der Front bilden, als einer, der mitten im Kampfe stand, und er wird sich auf Grund seiner besseren Erfahrung dieses Urteil nicht trüben lassen. Schon weil der patriotischen Gehe dadurch der Nährboden entzogen würde.

### Zeitungsraub in Düsseldorf.

Die Rechtssozialisten haben sich das Verbot unseres Düsseldorfer Parteiorgans, der „Volkszeitung“, zunutze gemacht. Sie liegen die Druckerei von Siegfriedsolaten befehlen und erwarben sich auf diese Weise das Eigentumsrecht, um das seit der Spaltung ein Prozeß geführt wurde. Die „Düsseldorfer Volkszeitung“ wurde im Jahre 1901 gegründet und hat sich unter den schwierigsten Verhältnissen hoch gearbeitet, ohne daß der alte Parteivorstand dem Verlos irgendeine Hilfe zukommen ließ. Erst als das Unternehmen sich besessig hatte, strich der Parteivorstand Gelder zum weiteren Ausbau vor, die aber im Laufe der Jahre auf Heller und Pfennig zurückerstattet wurden. Der Parteivorstand war aber formell an dem Unternehmen noch durch zwei Gesellschaftler, Gerisch und Ober, beteiligt. Als im Jahre 1917 die „Düsseldorfer Volkszeitung“ nach geschlossen zur Unabhängigen Partei übertrat, erwirkte sich der Berliner Parteivorstand der S. P. D. eine gerichtliche Verfügung, die ihm das Eigentumsrecht an dem Unternehmen zusprach. Der Einspruch gegen diese Verfügung wurde vor Gericht abgemittelt. Das Gericht machte sich dabei die Ausführungen des rechtssozialistischen Rechtsanwalts, Dr. Hugo Heinemann, zu eigen, der zur Rechtfertigung der Beschlagnahme hervorhob, der Anspruch der S. P. D. auf die Zeitung müsse schon deshalb zurückgewiesen werden, weil die Unabhängigen die Zeitung nicht in den Dienst der Durchhaltewirtschaft stellen würden.

Die Zeitung kam also in rechtssozialistische Hände aber bei Ausbruch der Revolution wurde sie von unseren Genossen wieder übernommen, weil diese allein die wahren Eigentümer darstellten. Keine juristisch noch so verzwickte Listelerei kann ihnen dieses Recht absprechen. Unsere Genossen erklärten sich aber bereit, in der Druckerei das Organ der Rechtssozialisten herzustellen. Diese machten davon aber keinen Gebrauch, sondern gaben ihre Zeitung in einer bürgerlichen Druckerei heraus. Als dann am 18. Januar 1920 die „Volkszeitung“ verboten wurde, ließen die Rechtssozialisten die Druckerei besetzen und setzten auf Grund einer im Jahre 1913 ergangenen Verfügung einen Zwangsverwalter ein, der sich das Recht der Zensur über die politische Haltung der „Volkszeitung“ anmaßte.

Darauf konnten sich unsere Genossen natürlich nicht einlassen. Es kam zu Verhandlungen, und da die Herausgabe einer neuen Zeitung zur Zeit unmöglich ist, mußten sie sich unter dem Zwang der Verhältnisse dazu bereit erklären, daß die „Volkszeitung“ vom Eigentum der S. P. D. bleibt, die Druckerei aber in den Besitz des Berliner Parteivorstandes der S. P. D. übergeht. Was die „Düsseldorfer Genossen“ in zwei Jahrzehnten an Arbeit geleistet haben, übernahmen also durch einen Handstreich die Rechtssozialisten. Die „Volkszeitung“ wird auf Grund eines besonderen Vertrages nunmehr bei der Firma A. Gerisch, G. m. b. H., herausgegeben. Unsere Genossen werden alles daran setzen, so schnell als möglich wieder in den Besitz einer eigenen Druckerei zu kommen. Das wird ihnen um so leichter fallen, als die Rechtssozialisten in Düsseldorf so gut wie keinen Anhang haben.

Neue deutsch-polnische Verhandlungen haben, einer Meldung der „S. P. D.“ zufolge, bevor. Eine technische Kommission wird sich in diesen Tagen nach Warschau begeben, um dort mit Vertretern der polnischen Kadmmissionen zu verhandeln.

haupt noch zu schänden ist, fragt erst recht nicht, wer es geschändet hat. Salzet Ohren und Augen auf, laßt euch nicht überrompeln! Kurt Kersten.

### Im Rheinland.

Der Südweststurm ist hinter den schwarzen Wollensfageln. Ueber sichigraues Meer des Rheingebirges jagt er sie schranflos. Er fähet der Birke in die langen strähmigen Haare und kommt sie mit seinen scharfen Krallen und unbedürftigen — schmerzhaft föhnt die kühne Birken-Schöne los auf. Die Kiefer nagt ihr Lockenhaar, der Sturm droht und weilt die reizenden Mädchen.

Es geht zum Abend. Das Tageslicht wird lang und schmal. Es will vor der Nacht Weichen. Von Osten herad sie schon ihre Polyphonie in die Straßen der Vorstadt. Wie verdrängt sie gähnt die Vorstadt auf. Sie fürchtet die Nacht. Sie fürchtet die roten Blutfelder des Hüttenwerkes. Die brennen ihr in die arbeitsmüden Tagesgesichter. Das Hüttenwerk ist die Mutter der Vorstadt. Aber es ist eine schlechte Mutter. Eine grausame Mutter. Sie läßt ihrem Kinde keine Ruhe und keine Raht. Immer heft sie die Vorstadt. Sie schumpft die Glieder der Vorstadt ein. Das tut sie: die Mutter — Hüttenwerk.

Schwarze Wiesenfelder stehen stummig beieinander. Wir zählen — eins — zwei — drei — vier — fünf — sechs: eine ganze Familie, eine Gruppe, Hühner. Rüdige Schöte sind ihre Wälder. Aber diese Schöte haben heute keine Banner gehüht. Auch gestern nicht. Und vorgestern nicht. Die schwarzen Banner sind eingezogen. Man hängt nicht über dem Seelenloß der industriellen Schwermäter. Das Kapital hat Sabotage. Es laim wartet. Wie ein Schlammwundergeheuer liegt es in finsternen Schuppen zusammengeballt: bereit — sich auf seine Opfer zu stürzen. Wenn sie schwach werden. Nicht mehr übersehen können. Sport das ausgekostete Untere Kapital seinen klagenden Nachen auf — dann haucht sein Sabelgerille uns an. Und unsere Vorstellung erkennt den Willen des Ungewohnten Kapital: Arbeit. In Hamburg fängt an — und in Weal — und in Bremen. Die Werften geben nach. Sie wurden energielos. Sie fielen. Und das Rheinland wartet, wartet — es labort die Werke. Und es lägt. Kohlenmangel. Rüge! Rüge! Geiern tagen die Aktionäre. In einem weichen Hotel. Viel Licht und viel Wein. Und Palmen; und rote und weiße Alpenweiden bei grünem feinschuppigen Frauenhaar. In Blumenlöwen. Ein feines weiches Hotel. Und so schwarzem Unternehmern war es eine freundliche Gaststätte. Im 40 Millionen Markt wurde das Grundkapital des Hüttenwerkes erhöht. Man sagt: zum Schutz gegen das Ausland! Im das Werk zu schützen vor Kaufauf — vor Kaufauf des Feindes. Feind nennt man die

gegnerischen Besitzklassen von drüben. Was man zwischen den Prollen würgt: ist die Arbeiterkraft des Hüttenwerkes. Ihre Seelen würgt man bereits totwund. Verzweiflung ist nahe. 40 Millionen Markt neuer Aktien! Was heißt das? Seid ihr noch Proleten? O, glaubt nicht den Annehmlichkeiten des schwarzen Unternehmens! Die Kapitalvermehrung bedeutet Jers Atterung der offiziellen Dividendensiffer. Man wird nicht mehr von 12 Prozent und von 15 Prozent hören — man wird 2 Prozent und 3 Prozent im Löhnerbericht lesen. Das Werk sei „unten ab!“ und Sozialisierung „Wahnsinn!“

Dort hinten steht noch eine Gruppe von Hühnern. Und werlet hinten widerum eine. Die glüht. Die arbeitet. Wir gehen hin. Aus den Eisenblechbrühen des Seelizes bringt die Trost (schlahn Wagen um Wagen. Eisenstein. Eisenstein. Ruppen die Wagen ihre Laß vom turmhohen Gerüst in die offenen Straßen der schwarzen rätmigen Rieseneiser — in die Hühner; dann löst es manchmal glistigeln in den frühen Abend hinein.

Jetzt leuchten Rottenwolke. Und jetzt bringt die rotweil glühende Eisenmasse aus den Föhren des schwarzen rätmigen Riesen. Als ob eine über gelagert sei! Alles glüht auf. Eisen gelänge tödtet sich. Und Feuerarbeiter springen wie rote Teufel zwischen den Gufformen, Magere Menschen. Gäh in den Augen. Müde Menschen.

Im Zentrum der Industriestadt läuten die Glocken des Domes. Mag Doctu.

Im Schauspielhaus ist am Sonntag, 16. d. Mts. 1412 Uhr vormittags die fünfte Blüthenveranstaltung „Die Klaffler“ aus dem Jllus „Wider aus deutscher Vergangenheit“. Es werden hierbei Dichtungen von Klopstock, Lessing, Schiller, Hölderlin und Goethe zu Gehör gebracht. Einleitender und verbindender Vortrag: Dr. Bruno Wille. Außerdem musikalische Darbietungen (Wagner, Beethoven, Schubert). Preise der Plätze R. 3. — und Markt 2. —. Über einen Teil der Karten ist bereits veräußert.

Im 12. Konzert des Verbandes der freien Volkshäuser, das am Sonntag, den 22. Februar, mittags 1412 Uhr, im Theater am Blomplatz stattfindet, wird Hermann Scherchen die Kammer-symphonie von Arnold Schuberters zweimaliger Hateration zur Aufführung bringen. Nach der ersten Aufführung wird der Dirigent das Werk kurz erläutern.

Im Deutschen Künstler-Theater findet am 26. d. Mts. die Uraufführung des Einakter „Menagerie“ von Kurt Göttsch mit Max Adalbert in den männlichen Hauptrollen.

Ludwig Garbi spricht in der Berliner Sezession (an der Ostbahnstraße) heute, Donnerstag, 6 Uhr, Vorträge über die Geschichte von Poe, Roussault, Alkencron, Khudna; Freitag und Sonnabend Trübs und Gertiers noch Nacht des Hüttenwerkes Sonntag Koloden und Gertrud.

### Die Lage der „Schande“.

Die „Junge Republik“ wird ihres Lebens täglich froh. Niemand würde mehr gefoltert, niemals war so oft Anlaß gegeben, bewunderte Kriegsgewinne frech zu zeigen. Die Preise nehmen kein Ende. In diesen Tagen haben sie einen großen Gesellschaftabend veranstaltet, auf dem sie ihre eigene „Not“ parodieren, kürzlich haben sie den Presseball gemacht, während Zeitungen moskowsche verboten werden, sie sporn ihrem Gang zum Kostüm jede Woche und veranstalten eine Rodenschau, sie geben Hofvorstellungen und spielen für ihre Epähe die höchsten Preise, sie werfen für die Kleider und Kostbarkeiten ihrer Weiber mehr Geld an einem Abend heraus, als ihr je in einem Jahre verdient, sie beladen sich mit Perlen und Brillanten, damit sie jene Steuern nicht bezahlen müssen, an die ihr zu glauben habt, sie essen und trinken und tanzen und lachen, sie verschanden Rollen und Licht, während sie auch vorwerfen, daß ihr nicht genug arbeitet, sie haben alle Mittel für ausgemählte Diners, während ihr kaum Geld für eine elende Wochenzentration aufbringt; ihre Minister legen am Tage Lebkuchen die Sterne in Falten und schauweln abends unter einem Vell, das sie bogast, verachtet und benutzt.

Aber in ihren Blättern jodeln und schreien sie wie 1914, hysterische Snaben mit bunten Wägen verschönen frech Verträge, rassistiert, um schnell wieder an ihren Bruch zu denken, die selben Snaben proklamieren ein neues Hausrecht, predigen Knarthe und spielen mit geladenem Revolver. Snaben, welche nichts, aber auch gar nichts geleistet haben außer daß sie zufällig keine armen Eltern hatten. In allen Gassen, allen Wäldern prahlen sie überlaut mit ihrer Öhre, die sie sich im langwierigen Inchtischen „Derschalten“ und Verbalen jeden Unrechts bewahrt zu haben glauben. Sie reden immer als Fürsprecher eines Volkes — ach sie meinen immer nur die Interessen ihrer Klasse, das Volk ist ihnen nie etwas anderes gewesen als eine Klotzpe und ein Werkzeug, sich gute Tage zu machen.

Was sagen sie euch? Ihnen ist jedes Mittel recht, um zu leben und leben zu lassen, aber hütet euch, einige Papierfetzen mehr auszugeben, als zum Essen und Trinken nötig ist. Dann könnt ihr sie manchmal hören: „Dies Volk darf gar nicht mehr Geld verdienen, es versteht ja nicht zu wirtschaften“ — was braucht ein Arbeiter mehr Geld als er unbedingt zum Leben nötig hat?

Sie aber wüthen hemmungslos in ihren „Werten“ und lassen ihre lakonischen Schwadroniere täglich mei, bis dreimal ver-ländigen, daß wir in „Deutschlands trübster Zeit“ leben, daß Schmach und Schande über uns gekommen ist. In der Ferne löst ihr Kanonade und Schreie. Stört nicht, ob das Land über-

# Für den Frieden mit Rußland.

Im Schweizer Nationalrat wurde von den Genossen A. Belmonti und M. Unterjeckmann folgende Interpellation eingebracht:

Ausgehend von einer Erklärung des Bundesrates an die Konferenz der Staaten der Entente in Paris, daß die Schweizerische Eidgenossenschaft keinerlei Beziehungen wirtschaftlicher oder politischer Natur mit der Russischen Republik unterhalte, stellen die Unterzeichneten an den Bundesrat folgende Interpellation:

1. Ist der Bundesrat bereit, heute die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit Rußland wieder anzunehmen?
2. Hat der Bundesrat bereits in dieser Richtung Schritte getan, sind insbesondere Studien gemacht oder handelspolitische Vorbereitungen getroffen zur Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem russischen Staate? Wenn ja, welcher Art sind diese? Wäre der Bundesrat bereit, eine Wirtschaftsdlegation nach Moskau zu schicken zum Zwecke der Wiederaufnahme des Handels und Verkehrs mit Rußland?
3. Hat der Bundesrat Kenntnis von der Gründung handelspolitischer Organisationen in der Schweiz, welche sich die Wiederaufnahme und Pflege des Handels mit Rußland zum Ziele setzen?
4. Ist der Bundesrat bereit, die Russische Sowjet-Republik und die Russische Regierung anzuerkennen, die Schweiz durch eine schweizerische Gesandtschaft in Moskau vertreten zu lassen sowie eine russische Gesandtschaft in der Schweiz zu empfangen und zu akkreditieren?

Wie aus Rom gemeldet wird, machte in der Kammerführung der Abgeordnete Colonna di Cesare aufsehenerregende Entlassung des Äußeren Ministeriums friedlicher Beziehungen zu Rußland betont. Für Colonna ergibt sich eine Notwendigkeit, die in politischen Kreisen Rom gut eingeführt Journalisten-Abgeordnete zu diesem Zeitpunkt gekommen sei. Doch lehnte Colonna di Cesare, der ein Verwandter Boninios ist, jede Auskunft ab.

## Italien und Rußland.

Das Italo-russische Pressebureau Berlin meldet: Die Vertreter Italiens haben auf der Handelskonferenz in Delfingors in Uebereinstimmung mit England die Notwendigkeit des Zustandekommens friedlicher Beziehungen zu Rußland betont. Für Colonna ergibt sich eine Notwendigkeit, die in politischen Kreisen Rom gut eingeführt Journalisten-Abgeordnete zu diesem Zeitpunkt gekommen sei. Doch lehnte Colonna di Cesare, der ein Verwandter Boninios ist, jede Auskunft ab.

Wolow, welches das Werden eines selbständigen litauischen Staates immer mit Wohlgefallen beobachtet hat, weil es eine Verbindung Litauens mit Polen erstrebte, hat einen großen Streifen Landes beiseite auf den Litauen berechnete Ansprüche erhoben — man braucht nur an das Wilnaer Gebiet zu erinnern. Neuerdings versucht es, unter Ausnutzung von Unstimmigkeiten, die sich wegen Streitigkeiten zwischen Litauen und Polen erhoben, Letzteres für seine antiklitauische Politik zu gewinnen, die hauptsächlich darin besteht, Litauen von einer direkten Verbindung mit Rußland abzuscheiden.

Dieser Politik gegenüber ist es eine Lebensfrage für Litauen durch direkte Verhandlungen mit Rußland die Bedingungen zu schaffen, die ihm die Möglichkeit der Entfaltung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens sichern. So auch Rußland ein Interesse daran hat, eine gemeinsame Grenze mit Litauen zu haben, schon weil Litauen seinerseits eine wichtige Grenze mit Deutschland hat, so dürften Verhandlungen zwischen Litauen und Rußland Aussicht auf Erfolg haben.

## Die militärische Lage in Südrußland.

Das englische Kriegsministerium berichtet vom 8. Februar: Die roten Truppen haben ihren Vormarsch in der Richtung des Dniepr fortgesetzt. Die bolschewistischen Streitkräfte, die durch die Weerenge in die Arim eingedrungen waren, sind nach ihrem Ausgangspunkt zurückgeschlagen worden. Die bolschewistischen Verbände, neuerdings den Don zu überqueren, wurden zurückgeschlagen. Die roten Truppen erlitten schwere Verluste. Eine Abteilung konnte immerhin das Asowske Meer durchqueren und sich an dem südlichen Ufer festsetzen. Westlich des Asowschen Meeres schlugen Truppen Denikins den Feind wieder zurück.

## Die Interkontinentalen in Deutschland.

Die Internationale Kommission für das südpolnische Abkommensgebiet ist Mittwoch früh in Warschau ein- getroffen. Sie besteht aus den Ministern Renie als Vertreter Englands, Gougat als Vertreter Frankreichs, Bracchi als Vertreter Italiens und Ramamo als Vertreter Japans. Ebenfalls ist Sir Reginald Tower, der allierte Oberkommissar für den Persien, Dangis, gestern in Danzig angekommen. Er erteilt eine Rundgebung an die Danziger Bevölkerung, indem er auf seine Aufgaben hinweist, die besonders darin bestehen, ein Abkommen mit dem benachbarten Polen zu treffen und eine unter den Schutz des Völkerbundes gestellte Verfassung der Stadt Danzig ausgearbeiten. Er rechnet auf die wohlwollende Unterstützung eines jeden Bürgers.

Auch die Abstimmungskommission für Oberschlesien unter der Führung des Generals de Rond ist gestern in Oppeln eingetroffen.

**Rechtsstaatlichkeit gegen die Kommunalisierung.** In Magdeburg hat unsere kleine Stadtverordnetenversammlung beantragt, die Buchherstellung zu kommunalisieren. Der Antrag wurde dem Magistrat überwiesen. Dieser hat ihn abgelehnt, ohne bisher eine Begründung dafür zu geben. Magdeburg hat eine rechtssozialistische Stadtverordnetenversammlung, und dementsprechend ist der Magistrat besetzt. Deso bezeichnender ist die Ablehnung des Antrages. Vor Monaten lehnte man übrigens in Magdeburg auch die Kommunalisierung der Alms ab.

**Unternehmensobstruktion gegen den Reichswirtschaftsrat.** Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, über dessen Bildung und Beratung jetzt im Reichstag beraten wird, scheint ein ebenso unglückseliges Ding werden zu sollen, wie etwa das Betriebsrätegesetz. Er wird von vielen Seiten angefeindet, noch ehe er das Licht der Welt erblickt hat. Nach den Absichten des Reichsrates soll der Reichsverband der deutschen Industriellen, die Gesamtorganisation der Unternehmerverbände „I. V.“ 14 Vertreter entsenden dürfen. Darum haben die Unternehmer beschließen, den Reichswirtschaftsrat nicht zu beistimmen. Die in der Zentralarbeitsgemeinschaft vereinigten Arbeitervertreter sollen sich solidarisch erklären und einen ähnlichen Beschluß gefaßt haben, was nicht allzuviel ausmachen würde, wenn ob diese Herren am Reichswirtschaftsrat — noch dazu an diesem — teilnehmen oder nicht, in ziemlich gleichgültig. Die Nationalversammlung wird über die Zusammenlegung dieses Gremiums, von dem die Massenbewegte Arbeiterklasse mit offener Absicht ausgeht, offen wird, endgültig entscheiden.

**Neue Gebühungen der Druckpapierpreise.** Die Preise für Druckpapier schneit im Januar so gewaltig in die Höhe, daß die Wirtschaftlichen der Zeitungsbetriebe aufs ernsteste bedroht. Aber schon jetzt, nach einem Monat, tritt eine neue Gebühung der Papierpreise ein. Der Reichswirtschaftsminister hat die für Februar festgesetzten Preise geschmälert. Er be-

deuten eine neue Erhöhung um 10 W. für 100 Kilo und gelten wiederum nur für den laufenden Monat, vorausgesetzt, daß überhaupt Zeitungspapier hergestellt und geliefert wird, da die Kohlenlieferung der Fabriken steht.

Die Wahlen zur litauischen Nationalversammlung sind auf den 14. und 15. April festgesetzt worden. Das Land wurde zu diesem Zwecke in 10 Wahlkreise eingeteilt, die zusammen ungefähr 200 Abgeordnete wählen werden.

Zum Generalkommissar von Ost-Preußen wurde als Nachfolger Wilhelm Klapettes ernannt.

## Betriebsräte.

### Das Betriebsrätegesetz.

Die Nummer des „Reichsanzeigers“ vom 11. Februar enthält die amtliche Veröffentlichung des Betriebsrätegesetzes, das danach am 4. Februar vom Reichstag genehmigt worden ist. Gleichzeitig wird die Wahlordnung für die Betriebsräte veröffentlicht. Das Betriebsrätegesetz ist somit in Kraft getreten.

### Organisation der Betriebsräte in Thüringen.

Am 8. Februar tagte in Erfurt eine Konferenz der Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse aus Groß-Thüringen. Nach eingehender Diskussion wurde eine aus sieben Genossen bestehende Kommission gewählt, die die Bildung eines Betriebsratsvereins für Groß-Thüringen vorzubereiten hat. Gegen acht Stimmen beschloß die von ungefähr zweihundert Genossen besuchte Konferenz, der Arbeiterschaft zu empfehlen, sich an den bevorstehenden Betriebsratswahlen zu beteiligen.

Der Wahlkampf soll in kürzester Form unter Bekämpfung des Betriebsrätegesetzes geführt werden. Die Leitung der Bildungsbestrebungen der Betriebsräte in Thüringen wurde dem Genossen Hermann Dunder übertragen.

## Gewerkschaftliches.

### Regelung der Feuerungszuschläge für Handelsreisende in der Textilbranche und Engros-Bekleidungs-Industrie.

Eine am 10. d. M. in den Sophienböden überaus hart besuchte Mitgliederversammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes der Hausdiener und Packer obiger Branchen nahm Stellung zu dem Verhandlungsergebnis mit den Arbeitgeberverbänden zwecks Gewährung von Feuerungszuschlägen. Nach einer lebhafte Aussprache, bei welcher fast allgemein die Zuschläge der Zeit entsprechend als zu gering bezeichnet wurden, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 10. Februar versammelten Handelsreisende der Textil- und Bekleidungsbranche haben von den großen Verhandlungen der Lohnkommission, eine zeitgemäße Aufbesserung ihres Lohnes zu erzielen, Kenntnis genommen.“

Sie können aber nicht umhin, ihrem größten Bedauern Ausdruck zu geben, daß diese Anstrengungen nicht zu einem vollen Erfolg geführt haben, denn wenn der erlangte Zuschlag auch nicht unerheblich ist, so entspricht er jeder bei weitem nicht der sich forsetzt steigenden Feuerung.“

Gegen eine Minderheit wurde die neue Regelung der Tariflöhne anerkannt, welche nunmehr folgendermaßen lautet:

Für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. März 1920 werden den zur Zeit des Vertragsabschlusses beschäftigten Hausdienern folgende Feuerungszuschläge zu den Tariflöhnen gewährt: an jugendliche männliche Arbeitkräfte von 14—16 Jahren 9 M., von 16—18 Jahren 18 M., von 18—20 Jahren 27 M.; an männliche Arbeitkräfte über 20 Jahre, ledig, 42 M., verheiratet, ohne Kind, 47 M., verheiratet, mit Kindern, 52 M. Weibliche Arbeitkräfte erhalten 85 Proz. dieser Feuerungszuschläge. Die Kinderzulage tritt nur in Kraft, wenn es sich um Kinder handelt, die sich nicht bereits in ausgedehntem Beruf befinden. Witwen und Waisen sind als verheiratet anzusehen, wenn sie einen eigenen Haushalt führen. Die Auszahlung der Feuerungszuschläge erfolgt am Lohnzahlungstage der jeweiligen Monatsperiode.

Für die am 28. und 29. Februar tagende Handelsreisendenkonferenz wurden Schoft und Wolter einstimmig gewählt und als Ersatzleute Rudow und Niedruck von der Versammlung bestimmt.

**Eisenbahner! Gemahregelnde der Werkholz Grunwald.** Die Eintragungen in die Liste werden ab Freitag, den 12. d. M., bei Grimm, Kaiser Friedrichstraße 63, vorm. von 10—12 Uhr, vorgenommen. Die Kollegen werden gebeten, sich bis spätestens Montag zu melden.

Der Kontrollauschuss, J. A.: Oesal K. R.

## Groß-Berlin.

### Das silberne Geld.

Wir haben uns an das Papiergeld gewöhnt; wie mühten uns an dieses Papier gewöhnen, weil andere Austauschmittel fehlten. Das Gold- und Silbergeld ist schon längst aus dem Verkehr verschwunden. Der Wert dieses Geldes hing von Tag zu Tag. In den Zeitungen waren Inserate zu lesen, wonach für Gold- und Silberstücke horrend Preise geboten wurden. Der Aktienhandel mit Geld blühte. Jetzt kommt der Reichswirtschaftsminister und verbietet den Handel mit dem Silbergeld. Er gibt nur der Reichsbank das Monopol und befreit die Post mit dem Ankauf des Silbergeldes. Für ein silbernes Geldstück wird der achtsache Preis bezahlt. Wer also ein Einmarkstück abgibt, erhält dafür acht Mark in Papier. Ganz besonders stark geht die neue Verordnung mit denen zu Gericht, die im Umherziehen Gold, oder Silbergeld aufkaufen oder verkaufen. Auch dürfen Käufe nicht mehr angekauft werden. Wer heute noch Gold im Hause hat, kann dafür viel Papier bekommen. Und der Arbeiter hatte recht, der dieser Tage zu uns sagt: Wir wollen mit einem Zwanzigmarkstück pro Woche zufrieden sein, wenn wir es in Gold bekommen.

### Die Landwirte in der Provinz Brandenburg und ihre Ablieferungsspflicht.

Die Brandenburgische Landwirtschaftskammer hat an die Landwirte einen Aufruf gerichtet, in dem zur Ablieferung des Brotgetreides aufgefordert wird. In dem Aufruf heißt es:

„Die Ablieferung von Brotgetreide an die Reichsgetreidekasse hat auch im Monat Januar die erwartete Höhe bei weitem nicht erreicht. Wenn zugewiesen ist, daß in den Schlussmonaten des letzten Jahres die Ablieferung durch wirtschaftliche Arbeiten behindert wurde, kann dieser Minderungsgrund für die letzten Wochen nicht geltend gemacht werden. Nur Ranzel an Getreide-

stoff für das Brotbacken kann noch als Hindernis in Betracht kommen; dieser Mangel wird aber nach Möglichkeit behoben. Wie der Präsident der Landwirtschaftskammer in der Sitzung des Vorstandes der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg am 6. d. M. bekanntgegeben hat, ist die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide infolge der ungenügenden Ablieferungen auf das schwerste gefährdet und kann für die nächste Zeit nur dann als gesichert gelten, wenn die Ablieferungen unverzüglich erheblich verstärkt werden. Es darf deshalb kein Tag ungenützt vorbeigehen, vielmehr muß jeder Landwirt bemüht bleiben, unter allen Umständen und unbedingt durch ausreichende Ablieferung den Brotgetreidebedarf der Bevölkerung zu decken. In Wiederholung dieser Aufforderung richtet die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg an die märkischen Landwirte die dringende Bitte: „Zur euren Pflicht, liefert euer Brotgetreide unverzüglich ab, bewahrt euch und uns vor dem Kampf aller gegen alle!“

Demnach wird offen gesagt, daß die Landwirte in ihrer Ablieferungsspflicht sehr käumig gewesen sind. Daß Sabotage getrieben wird, ist nichts neues.

### Schutz der Kinder.

Das Jugendamt der Stadt Reutheim veröffentlicht den nachstehenden Aufruf, den wir den Eltern, auch denen, die außerhalb Reutheims wohnen, dringend zur Beachtung empfehlen.

Eltern, Pflegeeltern, Vormünder!

Nach dem Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 dürfen von Festnahmen abgesehen, fremde Kinder unter 12 Jahren und eigene Kinder unter 10 Jahren mit Erwerbscharakter nicht beschäftigt werden. Eigene Kinder sind nach dem Kinderschutzgesetz auch Verschwandte, wie Koffen und Nichten, an Kindesstatt angenommene und verwandte Kinder sowie Fürsorgezöglinge, sofern sie zu dem Haushalt des sie Beschäftigenden gehören. Die Arbeit von Kindern, die die angeführte Altersgrenze überschreiten haben, ist auf drei Stunden (in den Ferien auf vier Stunden) für den Tag beschränkt. Außerdem darf die Beschäftigung keinesfalls in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens erfolgen und nicht vor dem Vormittagsunterricht stattfinden, ebensowenig an Sonn- und Festtagen.

Diese im Interesse der Jugend erlassenen Bestimmungen werden gegenwärtig auf das größte Übertreten; namentlich werden gesetzwidrig eigene sowie fremde Kinder beim Austragen von Zeitungen beschäftigt.

Wir erwarten von der Einsicht der Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten, daß sie nicht erst durch die Strafbestimmungen des Kinderschutzgesetzes jedes sich von der weiteren Arbeitrettung abhalten lassen, sondern vertrauensvoll auf ihre Pflicht zu den Kindern, damit die Uebelstände fortfallen.

Bewährt Eltern Kinder die ihnen dringend notwendige Nothilfe, so ist nicht zum Zeitungsaustragen oder sonstigen Arbeiten herangezogen, sondern dem Jugendamt, dem die Kinder anvertraut sind, sofort mitzuteilen.

Das Amt an ihnen bindet, nicht sich an Euch! Die ehrenamtlichen Organe des Jugendamts der Stadt Reutheim, die allen politischen Parteien angehören, werden es sich zur Aufgabe machen, die Kinder gegen weitere Ausbeutung zu schützen.

Unterläßt und in unseiner Bestrebungen, damit wir nicht genötigt werden, weitere auf Strafverfolgung wegen Uebertretung des Kinderschutzgesetzes gegen Euch zu stellen.

Jugendamt der Stadt Reutheim.

(Sprechzeit in allen Angelegenheiten der Jugendwohlfahrt werktäglich 10—1 Uhr.)

Der langjährige Retteur der Vormärzdruckerei Herr Robert Lampe ist gestorben. Seit mehr als 25 Jahren hat der Verstorbenen an derselben Stelle gewirkt. Er war das Bindeglied zwischen Redaktion und Druckerei. Wie die wir heute 1 1/2 Jahrzehnte im „Vormärz“ tätig waren, haben Robert Lampe haben und schäfer gelernt, als einen Mann von getradem ersten Ranges, der mit Leib und Seele mit dem Blatte verknüpft war. Großer Geschäftstüchtigkeit zeichnete den Mann aus, der mit der Geschicklichkeit des „Vormärz“ verbunden war. Er sah die Wandlungen des Verwalters und seiner Redakteure. Alle gingen, neue kamen. Manchmal schmerzte es ihm, wenn er sich von einem alten Redakteur trennen mußte. Jetzt hat ihn der Tod aus seinem Wirkungskreise gerissen. Und wenn wir heute über das Blatt, an dem Lampe wirkte, unsere eigene Meinung haben, so ändert das nichts an dem Gedenken, das auch wir dem alten Lampe bewahren wollen.

## Lebensmittellisten.

**Wittenau.** Von Freitag, den 13. Februar ab werden durch die hiesigen Kaufleute folgende Waren verabfolgt: auf Weizenmehl 100 Gr. einhundertfünfzig Gr. ausländ. Roggenmehl 95 Pf., feinstes 100 Gr. Weizenmehl (1,40 M.), auf Weizenmehl 60—70 Gr. Kartoffelstärke als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln der Woche 250 Gr. Hüllensieb (10 Pf.) und 150 Gr. Nudeln (20 Pf.). Die Waare ist bis spätestens Sonnabend, den 21. d. M., abzugeben.

**Bismarck.** Auf Weizenmehl 70 und b der Kartoffelstärke 2 Pf. Kartoffeln, auf 70—80 Gr. Hüllensieb (Preis 80 Pf.). — Zucker anmelde bis 16. Februar auf 43 C. 3. O. R. G.

## Aus den Organisationen.

**Telefon-Verein, 1. Bezirk (westlicher).** Am 15. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Wilmers, Berlin, Wilhelmsstr. 66, Sitzung der kommunalen Distriktskommission. Orts, die bisher noch nicht vertreten, werden dringend um Delegation oder, falls keine Kommission besteht, umgehend um diesbezügliche Mitteilung an den Obmann gebeten.

**1. Bezirk, Kommunale Kommission.** Freitag, den 13. Februar, 7 Uhr, Sitzung bei Hoffmann, Günterstr. 5.

**Bezirk Niederschlesien-Rest.** Freitag, den 13. Februar, abends 6 Uhr, bei Schell, Panlow, Berliner Straße 118, Sitzung der Gewerkschafts- und Rätekommission. Jeder Ort hat eine der örtlichen Mitgliederzahl entsprechende Vertretung zu entsenden.

## Bereinstellen.

**Sozialistische Arbeiterjugend.** Heute, Donnerstag, abend findet im Jugendsekretariat, Königsberger Straße 7, die Sitzung statt. Schulentschlussfeier statt. Alle Ortsgruppen müssen einen Vertreter entsenden. Beginn pünktlich 7 Uhr. Zeitungen, Flugblätter, Mitgliederbücher und Aufnahmehefte können auch abgeholt werden.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wislawa, Neuhöll, Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Linden-Druckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 13.

## Zähne 3 Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk

schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie, Zahnräder mit künstl. Beschichtung nach bewährter Methode mit Herstellung von Gebissen gratis!

Spezialität: Zähne ohne Gaumen, Kronen von 30 Mk. an. Kolor-Luxurpreise! Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

**Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1**

Ecke Schiffbauerdamm, Eingang Danziger Straße, Sprechstunden von 9—12 Uhr, Sonntags und Feiertagen 9—11 Uhr. In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit gefertigt.

